



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Jener Tage Frühlingsdunst
 Weckt mit Glück und leiser Trauer
 Ein verscholl'ner Gassenhauer
 Wieder aus der stillen Gruft.

Agnes Miegel ist nicht das, was man eine Zeitlang einen Neutöner nannte; sie arbeitet mit den alten Mitteln des Reims, bildet wenig neue Worte und beweist so, daß eine Natur im Goethischen Sinn sich immer wieder durchsetzt, auch da, wo sie ganz Neues zu sagen hat und es nicht in unerhörter neuer Form sagt. Sie hat einen ganz persönlichen Rhythmus, und niemand, der ein Ohr für solche Dinge hat, wird ihre Verse mit denen der gleichzeitig auftretenden und ihr in manchem verwandten Balladendichter des Göttinger Kreises, Börries von Münchhausen und Lulu von Strauß und Torney, Levin Ludwig Schücking und anderer, verwechseln. Nicht nur durch Abkunft und Heimat, auch durch die Artung ihrer Persönlichkeit scheidet sie sich von ihnen und steht mit ihrer noch so jungen und doch so reifen Kunst wiederum ganz für sich allein. Sie hat unter den lyrischen Dichterinnen der Gegenwart keine, die voll ihresgleichen wäre — in den Möglichkeiten ihres Ausdrucks so gut wie in der Höhe der erreichten Stellung. Ostpreußen hat jetzt, zum erstenmal in seiner reichen literarischen Entwicklung, auch eine große Anzahl lyrischer Talente aufzuweisen. Ich nenne Arno Holz, Georg Meißner, A. R. T. Zielo, Carl Bulcke, Walther Heymann — so verwandt Agnes Miegel auch einzelnen von diesen, zum Beispiel Zielo, nach Stoff und Stimmung gelegentlich erscheinen mag, so steht sie auch unter ihnen wiederum für sich durch die volle Weiblichkeit in Empfindung und Ausdruck, die sie von den Männern trennt, durch die stärkere Kraft der Gestaltung, die sie von den älteren, durch die größere Reife, die sie von den jüngeren der Genannten scheidet. Die beiden schmalen Bände, die sie gegeben hat, gehören zum Köstlichsten, was uns die deutsche Dichtung der letzten zehn Jahre beschert hat, und ihr gewählter und mit hoher Selbstkritik auf ein bescheidenes Maß zusammengebrängter Ertrag birgt die Gewähr in sich, daß nichts daraus der Zukunft verloren gehn wird.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 28. August 1910.

Die Rede des Kronprinzen — Der rechte Flügel der Mittelparteien — Die Rede des Königs von Preußen — Das ostasiatische Problem — Balkanfragen — Deutschland als Lehrmeister.

Der Kronprinz hat am Dienstag, den 23., vielen deutsch Denkenden eine Freude bereitet. Im Anschluß an seine feierliche Investitur und Proklamation als Rector Magnificientissimus der Albertus-Universität zu Königsberg hat er eine Rede gehalten, die die Worte enthielt: „Weisen Sie uns die Wege, auf

denen unser deutsches Volk wandeln soll, um eine Stellung unter den Völkern einnehmen zu können, die ihm, seinen geistigen und physischen Kräften entsprechend, zu Recht zukommt, wobei besonders unser deutschnationales Volkstum im Gegensatz zu den internationalisierenden Bestrebungen, welche unsere gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen, zu betonen ist.“ Ein junger deutscher Fürst hat hier einen Gedanken in Worte gekleidet, den Millionen deutsche Männer und Frauen hegen und den nur unverbesserliche Phantasten, die eine Verwischung aller Rassen- und Völkermerkmale für möglich halten, von sich weisen. Die Bedeutung der Worte liegt somit nicht in der Neuheit oder Eigenart des Gedankens, sondern in der Tatsache, daß sich der künftige Erbe der deutschen Kaiserkrone offen zu ihm bekennt. Für uns, seine Zeitgenossen und spätern Untertanen, ein erfreuliches Bekenntnis, da wir in dem Gleichklang der Empfindungen beim Träger der Krone und bei der Nation die einzige sichere Bürgschaft für das Gedeihen des Vaterlandes sehen. Aber nicht nur im Hinblick auf die fernere Zukunft ist der Ausdruck des Kaisersohnes von Bedeutung. Auch für die Richtung unserer gegenwärtigen Politik bildet sie ein Symptom, dessen wir uns nur freuen können. Sie ist eine Ergänzung zur Rede des Kaisers in Posen, die wir zuletzt an dieser Stelle besprochen. Sie nimmt manche Bedenken fort, die noch vor einer Woche am Platze waren. Die Bezeichnung Posens als Hort deutscher Kultur, unterstrichen durch den Wunsch des Kronprinzen, die deutsche Wissenschaft solle uns die Wege zeigen, wie wir unsere nationalen Eigenschaften am besten entwickeln könnten, bedeutet uns keine bloße Aufforderung zum Frieden mehr, wo der Sieg noch nicht errungen, sondern einen ernsten Hinweis auf die Notwendigkeit zu kämpfen. Es ist darum völlig unverständlich, wie ein sonst national geleitetes Blatt aus den beiden Reden einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kronprinz folgern konnte. Selbstverständlich hat es auch an Stimmen nicht gefehlt, die aus des Kronprinzen Worten einen kulturwidrigen Chauvinismus heraus hören wollen. Das „Berliner Tageblatt“, das kürzlich treffend als der Hauptnährer des Antisemitismus bezeichnet wurde, versteigt sich zum Beweise dafür sogar dazu, eine Rede zu zitieren, die Kronprinz Friedrich Wilhelm am 5. Juni 1885 an die studierende Jugend gerichtet hat. In der Rede heißt es:

„Die Gefahren fremder Art und fremden Wesens für das geeinigte Vaterland haben wir, wie mir scheint, für unser, so Gott will, immer mehr erstarkendes Staatswesen nicht zu fürchten. Sicherlich dürfen wir mit berechtigtem Stolz uns dessen rühmen, was unser Volk unter der glorreichen Führung seines Kaisers geleistet. Aber sorgen wir dafür, daß jede Überhebung uns fern bleibe. Eine solche ist undeutsch, und für ihre Betätigung in dem Tone und Sinne, den wir bei anderen Nationen oft bitter getadelt, fehlt uns sogar der Ausdruck, den wir erst einer fremden Sprache entlehnen.“

Auch zu diesen Ausführungen vermögen wir in der Ansprache des Kronprinzen keinen Widerspruch zu finden. Denn beide Reden geben lediglich dem Wunsche Ausdruck, daß das Beste gefunden werden möge zur Hebung und Kräftigung der Nation. Nur fordern verschiedene Zeiten und Umstände auch verschiedene Mittel, um dasselbe Ziel zu erreichen. Vor fünf und zwanzig Jahren, als sich unsere Kolonialpolitik nur langsam zu entwickeln begann, als wir in kleinstaatlicher Selbstüberhebung glaubten, die ganze Welt schulmeisterlich zu können, als es möglich war, daß ein Ahlwardt sich „Rektor aller Deutschen“ nennen konnte, damals tat eine Erinnerung im Sinne der Worte des damaligen Kronprinzen ebenso not, wie heute die Warnung vor dem Gegenteil.

Wie sehr der Kronprinz den Ton getroffen hat, der den national empfindenden Kreisen — also der Mehrheit der gebildeten Deutschen — zusagt, geht indessen nicht nur aus den Äußerungen der Presse hervor. Wer die Symptome zu begreifen vermag, die sich hier und da bei den konservativen Parteien und innerhalb der Nationalliberalen bemerkbar machen, der wird zugeben, daß man beginnt, die Gefahren der Kämpfe des letzten Winters gerade auf nationalem Gebiet zu erkennen. Bei den verschiedenen konservativen Gruppen liegt das Symptom in der sich vorbereitenden Neubildung einer antisemitischen Partei, bei den Nationalliberalen in dem offenen Abbrücken von den Freihändlern durch die Rede Fuhrmanns und in dem Einlenken der Jungliberalen zu einer ruhigeren Auffassung ihrer Aufgaben. So sehr wir das Wiederaufkommen des Antisemitismus bedauern, erscheint es uns lediglich als eine natürliche Folge der jüdischen Propaganda, die der Freisinn in der letzten Zeit getrieben hat, — eine Propaganda, die in dieser Weise das Gelingen aller Reformfragen abhängig machen will von der Stellung, die man dabei den Juden einräumt, als ob die wenigen hunderttausend Juden Ausschlag gebend für die Entwicklung von sechzig Millionen Deutschen wären! Dadurch kann der Verschmelzung der Juden mit den Deutschen nicht gebient werden und in die ruhige Erörterung über praktische Fragen wird eine Leidenschaftlichkeit hineingetragen, die nur der Verhekung dient. Das stößt naturgemäß jeden Besonnenen ab. Und die Raumann und Genossen und die in der ganzen Welt auf internationalen Kongressen nach Lorbeer spähenden Gelehrten verlieren an Nachfolge. Ihr Einfluß ist zwar noch nicht überwunden, aber man beginnt doch in ihnen wenigstens Träger der Anarchie und eines vormärzlichen Internationalismus zu vermuten. Neben der ange deuteten Reaktion gegen den Freisinn sind energische Bemühungen im Gange, den rechten Flügel der Nationalliberalen von der Partei abzusprengen. Nachdem die hessischen und hannoverschen Bündler der Partei den Rücken gefehrt haben, bilden jetzt die rheinisch-westfälischen Industriellen und die Hamburger den äußersten rechten Flügel. Wie weit die Bemühungen gediehen sind, läßt sich noch nicht mit Sicherheit feststellen, ebenso wenig läßt sich schon heute sagen, ob die antisemitischen Neubildungen genügend Anziehungskraft haben, um die bezeichneten Kreise an sich fesseln zu können. Tritt hier nicht als bindender Kitt ein wirtschaftliches Interesse hinzu, dann dürften die Bemühungen vergeblich sein. Solcher Kitt aber kann geschaffen werden aus der Stellungnahme zu Freihandel und Schutz Zoll. — Im Zentrum hat man schwere Sorgen mit Professor Dr. Spahn. Die Noeren und Genossen wünschen ihn gern zu allen Teufeln, weil er unter den nationalen Zentrumsmitgliedern eine starke Gefolgschaft hat, die nicht abgeneigt wäre, sich von den Ultramontanen zu trennen und mit den oben erwähnten rechtsstehenden Gruppen in nähere Fühlung zu treten. Vielleicht wird uns der Verlauf der Augsburger Katholikentage darüber einige nähere Auskunft geben.

In der inneren Politik beginnt somit erfreuliche Bewegung, die zu einer Stabilisierung der nationalen Mittelparteien schon im Herbst führen könnte, — und zwar mit einem scharfen Ruck nach rechts. Daß eine solche Stabilisierung höchst notwendig erscheint, geht aus der allgemeinen Streikbewegung hervor, die die deutschen Werften ergriffen hat und die durch Vermittelung des Weltkongresses zu Kopenhagen zu einem allgemeinen Streik aller Werft- und Hafenarbeiter der Welt führen soll. Dieser Streik ist eine Generalprobe auf die bevorstehenden Wahlen; hoffentlich wird er das Reagenzmittel für die Kristallisation einer starken bürgerlichen Mittelpartei. — — —

Mitten hinein in die beginnende Sachlichkeit platzte am Freitag einer Bombe gleich die Ansprache, die der Kaiser als König von Preußen am Donnerstagabend gelegentlich der Galatafel für die Provinz Ostpreußen zu Königsberg gehalten hat. Diese Rede vom 26. August 1910 hat für die Entwicklung der nächsten Monate eine solche einschneidende Bedeutung und wird deshalb so viel zitiert, kommentiert, erklärt und verdreht werden, daß wir sie hier nach der Wiedergabe des Reichsanzeigers (Nr. 200 vom 26. August) wörtlich anführen wollen. Der Kaiser sagte:

Es liegt Mir am Herzen, den Herren der Provinz der Freude Ihrer Majestät und Meiner Ausdruck zu geben, daß Wir wiederum in den Grenzen dieses schönen Landes Uns befinden und daß Wir von seiten der Bürgerschaft Unserer treuen Königstadt und der Provinz in so begeisterter Weise empfangen worden sind. Die Stimmung, die in diesen Tagen in Königsberg zum Ausdruck kommt, ist der Beweis dafür, daß ganz besonders innige Bande Stadt und Provinz mit Unserem Hause verbinden. Und in der Tat, wenn man zurückblickt auf die Geschichte des Landes und des Hauses, so ergibt sich daraus, daß große und bedeutende Abschnitte beiden gemeinsam sind. Hier war es, wo der Große Kurfürst aus eigenem Recht zum souveränen Herzog in Preußen sich machte, hier setzte sich sein Sohn die Königskrone aufs Haupt, und das souveräne Haus Brandenburg trat damit in die Reihe der europäischen Mächte ein. Friedrich Wilhelm der Erste stabilisierte hier seine Autorität „wie einen rocher de bronze“, unter Friedrich dem Großen hat die Provinz Freude und Leid seiner Regierung geteilt, dann kam die schwere Zeit der Prüfung. Der große Soldatenkaiser der Franzosen residierte hier im Schloß und ließ, nachdem Preußens Macht zusammengebrochen war, seine erbarmungslose Hand Stadt und Land fühlen. Hier wurde aber auch der Gedanke der Erhebung und der Befreiung des Vaterlandes am ersten zur Tat. Auf Tauroggen folgte der begeisterte Beschluß des preußischen Provinziallandtages, als der alte eiserne York die Herren mit flammernder Rede begeisterte, das Werk der Befreiung zu beginnen. Und hier setzte sich Mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preußische Königskrone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie von Gottes Gnaden allein ihm verbleiben sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als ausgewähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe. Und mit dieser Krone geschmückt, zog er vor vierzig Jahren ins Feld, um zu ihr noch die Kaiserkrone zu erringen. Fürwahr, was für ein Weg bis zu dem berühmten Telegramm des Kaisers an Meine selige Großmutter: „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“ Dieses Bild würde jedoch unvollkommen sein, wenn Ich nicht einer Figur gedächte, die besonders in diesem Jahre das preußische, und ich kann wohl sagen, das deutsche Volk beschäftigt und von neuem gepackt hat. Es ist die Zeit unseres Zusammenbruches und unserer Erhebung gar nicht denkbar ohne die Gestalt der Königin Luise! Auch die Stadt Königsberg und die Provinz Ostpreußen hat diesen Engel in Menschengestalt unter sich wandeln gesehen, ist von ihr beeinflusst worden und hat auch mit ihr so schweres Leid getragen. Die hohe Königin ist von vielen Seiten eingehend geschildert worden, und unser Volk hat sich in dankbarer Erinnerung mit ihr beschäftigt. Aber Ich meine, das eine kann nicht genug hervorgehoben werden, daß in dem allgemeinen Zusammenbruch des Vaterlandes, wo selbst Staatsmänner und Heerführer alles für verloren gaben, die Königin die einzige gewesen ist, die nie einen Augenblick an der Zukunft des Vaterlandes gezweifelt hat. Sie hat durch ihr Beispiel, durch ihre Briefe, durch ihr Zureden und durch die Erziehung ihrer Kinder dem Volk den Weg gewiesen, auf dem es sich wiederfinden konnte. Sie hat die Umkehr zur Religion und damit die Umkehr zur Selbsterkenntnis und zum Selbstvertrauen gewiesen. Sie hat unser Volk angefeuert zu dem Gedanken, sich wieder um den König zu scharen und die Freiheit zurückzugewinnen. Und als sie — eine hohe Märtyrerin — verblieben war, und die Begeisterung im Lande aufflammte, und alt und jung zu den Waffen griff, um die Unterdrückten aus dem Lande zu treiben, da ist sie im Geiste vor den Fahnen hergeschritten und hat den Mut der Krieger belebt, daß das große Werk vollbracht werden konnte. Was lehrt uns die hohe Figur der Königin Luise? Sie lehrt uns, daß, wie sie einst ihre Söhne vor allen Dingen mit dem einen

Gedanken erfüllt hat, die Ehre wiederherzustellen, das Vaterland zu verteidigen, wir Männer alle kriegerischen Tugenden pflegen sollen; wie in der Zeit der Erhebung jung und alt herbeiströmte und das Letzte hergab, wie selbst Frauen und Mädchen ihr Haar nicht schonten, so sollen auch wir stets bereit sein, uns vor allem unsere Rüstung lückenlos zu erhalten, im Hinblick darauf, daß unsere Nachbarmächte so gewaltige Fortschritte gemacht haben. Denn nur auf unserer Rüstung beruht unser Friede. Und was sollen unsere Frauen von der Königin lernen? Sie sollen lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiet des Versammlungs- und Vereinswesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleichtun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie. Sie sollen die junge Generation erziehen vor allen Dingen zum Gehorsam und zum Respekt vor dem Alter! Sie sollen Kindern und Kindeskindern klar machen, daß es heute nicht darauf ankommt, sich auszuleben auf Kosten anderer, seine Ziele zu erreichen auf Kosten des Vaterlandes, sondern einzig und allein das Vaterland im Auge zu haben, einzig und allein alle Kräfte und Sinne für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen. Das ist die Lehre, die die hohe Gestalt uns überliefert hat, die unser Vaterland und die Bürgerschaft dieser Stadt auf ihrem schlichten Denkmal so schön „den guten Genius Preußens“ genannt hat. Ich hege die feste Hoffnung, daß alle hier versammelten Ostpreußen Mich verstehen und daß, wenn sie wieder heingehen zu ihrem Werk und ihrer Sanftierung, sie sich von diesem Gedanken erfüllen lassen. Alles soll mitarbeiten am Wohl des Vaterlandes, gleichgültig, wer und wo er sei. Und ebenso wird für Mich der Weg dieser hohen Verbliebenen vorbildlich sein, wie er Meinem Großvater vorbildlich war. Als Instrument des Herrn Mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen gehe ich Meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gewidmet ist. Aber ich bedarf hierbei der Mitarbeit eines jeden im Lande, und zu dieser Mitarbeit möchte ich auch Sie jetzt aufgefordert haben. Daß diese Gefinnung in der Provinz Ostpreußen stets herrsche und Mir Ihre Hilfe in Meinem Streben zuteil werden möge, darauf leere ich Mein Glas. Es lebe die Provinz Ostpreußen! Hoch! Hoch! Hoch!

Vergegenwärtigt man sich die Umgebung, in der der Kaiser gesprochen hat, vergegenwärtigt man sich, wie viel Erinnerungen gerade für das Haus Hohenzollern an die Stadt Königsberg geknüpft sind und welch ein eifriger Erhalter der Tradition gerade Wilhelm der Zweite ist, dann kann man den Ausführungen an sich im ganzen zustimmen, auch wenn man in den Einzelheiten abweichender Meinung ist. Auch des Kaisers Auffassung von seiner Mission als Werkzeug Gottes sollte keinen Anlaß zu einer abfälligen Kritik geben. Im Gegenteil, wir alle sollten uns dessen freuen, daß ein Mann an so hoher Stelle und von der Begabung des Kaisers die bescheidene Überzeugung in sich zu tragen vermag, wie klein er doch geblieben und daß seine Bedeutung doch nur in der Rolle eines Werkzeuges der höchsten Macht, eben Gottes ruht. Durch Gott alles, ohne Gott nichts! Nicht jeder von uns darf sich rühmen, je einmal rückblickend auf seinen und seiner Familie Werdegang bekennen zu können, daß nur eine höhere Gewalt ihn auf den Platz zu heben vermochte, den er beglückt und angefüllt von der Größe seiner Aufgabe gerade einnimmt. Aus den Worten des Kaisers tritt uns somit auch das Bewußtsein einer hohen Verantwortung entgegen.

Diese hauptsächlichliche Tendenz der Rede kommt nun leider nicht voll zur Geltung durch die wiederholte Betonung der Auffassung, daß die Königskrone nicht verliehen sei „von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen“. Dem Kaiser ist es ebenso wie uns bekannt, daß hierüber die Meinungen auseinandergehen, je nachdem der eine mehr auf historischem oder auf naturalistischem Boden steht, und daß dieser Meinungsstreit längst zum Mittel der politischen Agitation herabgewürdigt ist. Wenn also der Kaiser dennoch glaubte, seine seit zweiundzwanzig Jahren bekannte Auffassung noch einmal öffentlich aussprechen zu

folßen, dann mischte er seine hohe Person in den Parteistreit, über dem sie stehen sollte, obgleich er sich ausdrücklich dagegen verwahrte, auf Tagesfrömungen Rücksicht nehmen zu wollen. Dadurch aber erschwert er sich nur seine so ideal und hoch gestellte Aufgabe, denn er verliert selbst den Überblick über die Werkzeuge, die Gott ihm — um im Bilde der kaiserlichen Vorstellung zu bleiben — an die Hand gegeben hat. In den Jahren der Läuterung, während derer die Lichtgestalt der Königin Luise vor der Nation geschwebt hat, sind auch die Fundamente entstanden für alle die modernen Werkzeuge, die den Monarchen zur Verfügung stehen, um „der Wohlfahrt und der friedlichen Entwicklung des Vaterlandes“ so gut als nur irgend möglich dienen zu können. Diese modernen Werkzeuge aber sind nicht allein Eisenbahn, Luftschiffe und drahtlose Telegraphie, sondern und zwar in erster Linie die Parlamente und die Presse. Diese wichtigsten Hilfsmittel der Regenten sind aus dem Volk heraus, aus tausend Kämpfen, Mühen und Erfahrungen und genau so aus der Allmacht Gottes heraus entstanden, wie die Monarchie, — beides Gnadengeschenke einer höchsten Vorsehung an die Nation, die befähigt werden soll, ein Werkzeug Gottes zu sein. Es kann nicht Absicht des Kaisers gewesen sein, diese seine Werkzeuge öffentlich herabzusetzen, wenn er auch mit der Entwicklung im Lande nicht zufrieden ist. Aber welcher Patriot kann denn heute mit dieser Entwicklung zufrieden sein?! Nur scheint der Kaiser über die Gründe der Unzufriedenheit einseitig unterrichtet worden zu sein.

Das verrät er u. a. durch seine gegen die Frauenemanzipation gerichteten Worte. Wenn er ahnte, wie viel Selbstverleugnung und Opfer täglich von hunderttausend Frauen auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt werden, dann hätte er von den relativ geringen Auswüchsen nur bedauernd Notiz nehmen können und die Mehrheit unserer Frauen mit den Zeitgenossinnen seiner hohen Ahnfrau auf eine Stufe gestellt. Es ist nicht Triviolität, die unsere Frauen und Töchter zum Erwerb außerhalb der Familie treiben, sondern die wirtschaftliche Not, — häufig genug auch der Wunsch, dem Könige einen Offizier stellen zu können. Wer aber hätte den Kaiser anders unterrichten sollen als der Reichskanzler und preukische Ministerpräsident? Wie leicht war es, gewisse Schärpen der Rede zu mildern und zu beseitigen, ohne die Meinung des Monarchen zu entstellen! Warum ist in dieser Hinsicht nicht das nötige geschehen? Wir können uns das nur so erklären, daß der amtliche Apparat wieder einmal in einer ernststen Angelegenheit versagte, weil seine ganze Aufmerksamkeit und physische Kraft auf die Anordnung der Feste, auf Plak- und Dekorationsfragen gerichtet waren. Auch die Art, wie die Rede in die Öffentlichkeit gebracht wurde, bezeugt das Versagen des Apparates. Man hat sie einfach Wolffs Depeschsbureau übergeben und dem alles Weitere überlassen. Die Folge war, daß die demokratische „B. Z. am Mittag“ als erstes Blatt, die Rede in Berlin vertreiben konnte. „Gegen Parlament und Volksbeschlüsse!“ rief die Straßenreflamme. Der erschreckte Bürger greift nach dem Blatt, übersieht die fett gedruckten Stellen und hat dann gerade noch so viel Zeit übrig, um den kurzen Kommentar zu lesen. Damit ist die Stimmung gemacht und was die Abendblätter bringen, ist nur Öl ins Feuer. Auch in dieser Hinsicht wäre es leicht gewesen, den Demokraten das Wasser abzugraben. Der Pressebezernent hätte nur dafür sorgen müssen, daß die Rede am Donnerstag den Redaktionen gerade noch rechtzeitig genug zugestellt wurde, daß sie in den Morgenblättern erscheinen mußte. Dann hätte alle Welt erst den nackten Tatbestand kennen gelernt ohne durch die Privatanfichten der Redakteure beeinflusst zu werden.

In der internationalen Politik ist ein Ereignis zu verzeichnen, das eine Neuorientierung notwendig macht. Japan hat endlich die Frucht langjähriger

Bemühungen und zweier blutiger Kriege an sich genommen. Korea hat infolge des russisch-japanischen Vertrages aufgehört, ein selbständiges Kaiserreich zu sein; es ist eine japanische Provinz geworden. Diese Tatsache rückt das ostasiatische Problem in ein ganz neues Stadium. Rußland ist von den eisfreien Küstestrichen des Großen Ozeans südlich Wladiwostok zurückgedrängt und China hat auch den nominellen Einfluß in Korea verloren, den es seit 1895 noch besaß. Das Streitgebiet ist einige hundert Kilometer nach Westen verschoben und heißt heute die Mandschurei. Seit Rußland durch den Frieden von Portsmouth gezwungen ist, seine Kosaken aus diesem fruchtbaren Lande zurückzuziehen, wird aber der Streit wahrscheinlich für längere Jahre ein friedlicher Wettstreit vor allen Dingen der Kaufleute werden. Rußlands neue Eisenbahnpläne sprechen dafür. Chinesen, Japaner und Russen werden um die Vorherrschaft des Handelskapitals daselbst kämpfen, Japaner und Russen mit dem Hintergedanken, in gewisser Zeit das Gebiet an sich zu bringen. Ob die Pläne des einen oder andern Volks größere Chancen haben sich zu verwirklichen, wollen wir nicht untersuchen. Genug, daß China beiden mißtraut, und daß die chinesische Regierung mit fieberhafter Eile und unerwartet großer Energie an die Durchführung von Reformen herangetreten ist, die geeignet erscheinen, das Land für die bevorstehenden Kämpfe zu rüsten. Im friedlichen Wettbewerb haben die Chinesen einstweilen den unbesrittenen Vorsprung. Die Transsibirische Eisenbahn, die eine Ausfallstraße für die Russen sein sollte, ist ein Einfaltör für den chinesischen (und nordamerikanischen) Handel und für chinesische Arbeiter geworden. In welcher Weise die Chinesen nach Westen vordringen, hat kürzlich in diesen Heften (Nr. 32) der frühere Handelsfachverständige beim deutschen Generalkonsulat zu St. Petersburg, Herr Goebel, eingehend geschildert; seine interessanten Ausführungen sind jetzt besonders aktuell. Von den Japanern dürfte während der nächsten Jahre ein erheblicher Druck auf die Mandschurei kaum zu verspüren sein, denn sie werden alle Hände voll zu tun haben, um die trostlosen Zustände in Korea zu ordnen.

Die Neugestaltung der Dinge im fernen Osten kann aber auch nicht ohne Rückwirkung auf die europäische Politik bleiben. Besonders Rußland dürfte in den nächsten Jahren sein Schwergewicht mehr als bis zum Kriege mit Japan in Europa suchen, ähnlich wie es solches nach dem Frieden von St. Stephano getan hat. Zeichen dieser Verlegung des Schwergewichts machen sich auch schon bemerkbar. Neben den der Reform der innern Verwaltung dienenden Arbeiten wendet die Regierung wie nach dem Russisch-Türkischen Kriege ihre größte Aufmerksamkeit den westlichen Grenzländern zu. Die Finnländer, Deutschen, Polen und Juden werden wieder „zur Sicherung der russischen Lande“ drangsalirt und mit allerhand Ausnahmebestimmungen beglückt. Große Truppenverschiebungen haben die Truppen an der deutschen und österreichischen Grenze gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt. Spionenfurcht und Spionerie treiben die eigentümlichsten Blüten und führen zu den Beschickungen der aus Deutschland kommenden Freiballons — gegen die, wie wir hoffen wollen, unser Auswärtiges Amt recht energisch protestieren wird —. In Galizien und der Bukowina werden daneben fortgesetzt wirkliche russische Spione und spionierende Offiziere aufgegriffen. Im großen und ganzen sieht es so aus, als wenn Rußland schon jetzt anfinke, den Schauplatz eines künftigen Kriegeß abzustechen und zu säubern. Aus welcher Veranlassung Rußland in absehbarer Zeit Krieg führen sollte, ist zwar heute nicht ersichtlich. Die hochschützöllnerische Politik dürfte bei den nächsten Handelsvertragsverhandlungen kaum berührt werden und die westeuropäischen Vertragsstaaten werden kaum Miene machen, es dazu zwingen zu wollen. Sonst aber liegen Gründe zu einem

Kriege nicht vor, es sei denn, daß die Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel wieder ein ernsteres Gesicht annehmen. Solange der Streit allein zwischen Griechenland und der Türkei schwebte, wären Befürchtungen in dieser Beziehung verfrüht gewesen. Jetzt aber fühlt sich Bulgarien durch die Türkei bedroht, weil diese die bulgarische Bevölkerung in Mazedonien entwaflnet; zwischen Bulgarien und Griechenland sind neuerdings Verhandlungen wegen Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses im Gange. Sollten diese eine reale Gestalt annehmen, dann wären zunächst Österreich-Ungarn und damit Deutschland auf der einen Seite und Rußland auf der andern vor schwerwiegende Entschlüsse gestellt.

Ist Deutschland einer kriegerischen Eventualität gegenüber vorbereitet? Im Ausland wird unsre Armee gern als die erste in der Welt anerkannt. Die Berufung deutscher Offiziere nach Brasilien zur Reorganisation von dessen Armee ist der jüngste Beweis dafür. Auch die Leistungen unsrer Truppen bei den Friedensübungen sind über alles Lob erhaben. Wie aber steht es mit der Führung? Stehn durchgehends die richtigen Männer am richtigen Platz? Gewisse Vorkommnisse, auf die auch Oberstleutnant von Sommerfeld in unserm Zeitartikel anspielt, erfüllen jeden Patrioten mit tiefer Bekümmernis. Wie ist es möglich, daß trotz der scharfen ehrengerichtlichen Bestimmungen Menschen wie ein Schönebeck und Mersmann zur Stellung von Stabsoffizieren aufrücken konnten, obwohl sie nicht einmal Manns genug waren, ihr eignes Haus, ihren eignen Namen fleckenlos zu bewahren? Wie ist es möglich, daß ein von Gagern preußischer General werden konnte, trotzdem er sich vor dem Einbruch in die Ehe seines Untergebenen nicht scheute? Die Möglichkeit, daß solche Fälle fast ein halbes Menschenalter vertuscht bleiben konnten, lassen die bange Frage auftauchen, ob das Vertuschungssystem nicht auch auf dem Gebiete der praktischen Ausbildung in Anwendung ist? Man hat trotz gesteigerter Anforderung schon lange nichts von Unregelmäßigkeiten bei der Erlangung von Schießauszeichnungen usw. gehört, — dürfen wir uns dieser Tatsache in Ruhe freuen? Kriegsminister, sei hart, es gilt nicht den Mann, sondern das Vaterland!

Die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu seinen Kolonien. Seit der Begründung des neuen Deutschen Reiches haben nur wenige politische Ereignisse solches Aufsehen innerhalb und außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes erregt als die Erwerbung deutscher Kolonien. Was die einen lange wünschten und erstrebten, die anderen zaudernd und vorsichtig erwogen, und die Dritten mit aller Entschiedenheit bekämpften, ist durch die Besignahme Angra Pequenas dann endlich Tatsache geworden. Und wenn auch die Ansichten über den wirtschaftlichen Wert unserer Schutzgebiete zurzeit noch sehr auseinandergehen, so steht doch das eine fest, daß das Aufgeben der Kolonien für das Reich einen großen Verlust bedeuten würde und daß die Ansicht Capravis, nach der uns nichts Schlimmeres passieren könnte, als wenn uns jemand ganz Afrika schenkte, nur noch von den radikalsten Gegnern jeglicher Kolonialpolitik geteilt wird.

Allein mit der kolonialisatorischen Tätigkeit ist die kolonialpolitische Theorie nicht Hand in Hand gegangen. Besonders nicht zur Zeit des Merkantilismus, in welcher die koloniale Praxis mehr denn zuvor betrieben wurde. Die wirtschaftspolitischen Ideen jener Zeit hatten nichts von einem theoretischen System an sich und betrachteten die Kolonien ausschließlich als Gegenstände zur wirtschaftlichen Ausbeutung. Diese auch als Kolonialsystem bekannte Politik war eine völkerrechtliche Brutalität und wirtschaftliche Schädigung der Kolonien. Es mußten deshalb erst andere Auffassungen über diesen Gegenstand das Übergewicht gewinnen, um einer eigentlichen kolonialpolitischen Theorie, zu der auch die Regelung der

handelspolitischen Beziehungen zwischen Mutterland und Schutzgebieten gehört, den Boden zu ebnen. Als Deutschland in den Besitz von Schutzgebieten gelangte, waren freilich die wissenschaftlichen Ansichten über Kolonialpolitik längst formuliert, und zwar in erster Linie von Deutschen selbst. Nachdem Alexander von Humboldt die ersten Versuche dieser neuen Wissenschaft gemacht hatte, erkannte vor allem Friedrich List die Bedeutung einer großzügigen auswärtigen Kolonialerwerbspolitik, wenn auch sein Ausspruch, seefahrende Nationen wüßten, daß die See an guten Gütern reich sei und daß man nur Mut und Kraft haben dürfe, um sie zu holen, zunächst auf eine bloße Gewalt- und Ausbeutepolitik, wie es die der Portugiesen, Spanier, Holländer und Engländer in früheren Jahren war, hinauszulaufen schien. Den weiteren Ausbau der jungen Wissenschaft besorgten dann vor allem Roscher-Sannasch, deren Werk über Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung (1885) von grundlegender Bedeutung war.

Auf dem Gebiete deutsch-kolonialer Handelspolitik sind die in jenen Untersuchungen erzielten Ergebnisse jedoch ziemlich unbeachtet geblieben. Ebenso hat das Vorgehen Englands und Frankreichs nach dieser Richtung hin keine dauernde Wirkung bei uns erzielt. Allerdings sind die handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Schutzgebieten in völkerrechtlichem Sinne durchaus geregelt, aber dieses Verhältnis entspricht nach Ansicht weiter Kreise keineswegs den engen Verbindungen, wie sie zwischen Mutterland und Kolonien bestehen. Denn unsere Kolonien betrachten sowohl sich untereinander als auch das Reich als Zollausland, ein Modus, der sonst nur noch in Holland beobachtet wird. Am entschiedensten nach dieser Richtung ist neben den Vereinigten Staaten von Amerika in Europa Frankreich vorgegangen. Auf Grund des Gesetzes vom 11. Januar 1892, das durch das neue Zollgesetz unberührt bleibt, gehen die Erzeugnisse des Mutterlandes und seiner Kolonien gegenseitig grundsätzlich zollfrei ein. Ausländische Erzeugnisse, die von einer Kolonie nach der anderen gebracht werden, zahlen dort die etwa bestehende Zolldifferenz nach. Einige nach besonderen Vorzugstarifen erhobene Zölle sind ihrem Wesen nach Binnenzölle. Frankreich behandelt also seine Kolonien als Zollinland. Über die Wirkungen dieser Gesetzgebung herrschen jedoch ziemlich Meinungsverschiedenheiten. Die Begünstigung der kolonialen Produktion in Frankreich hat deren Ausdehnung bisher nicht in nennenswertem Maße gefördert. Die französische Industrie klagt, daß sie trotz der Zollvorteile in den Kolonien nicht nur keinen genügenden Markt finde, sondern daß ihr die Kolonien vielfach im Mutterlande Konkurrenz machten. Zur richtigen Beurteilung dieser Verhältnisse darf jedoch nicht übersehen werden, daß Frankreich überwiegend Agrarstaat ist, mit dem überseeische Schutzgebiete viel eher in Wettbewerb treten als mit Ländern, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Industrie liegt. Für die Beurteilung der Wirkungen eines gleichen handelspolitischen Zustandes zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Kolonien kommen deshalb ganz andere Umstände in Betracht.

Für England handelt es sich um eine Zollvergünstigung seiner Industrieerzeugnisse in den Kolonien. Nur um die Mitte der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als die Freihandelsbewegung in Großbritannien ihre stärksten Wellen schlug, befolgte das Mutterland den Grundsatz, daß die Waren Englands zollpolitisch in den Kolonien nicht anders behandelt werden dürften als ausländische. In den Handelsverträgen mit dem Deutschen Zollverein (30. Mai 1865) und Belgien wurde sogar — und zwar auf Anregung des englischen Kabinetts — die Bestimmung aufgenommen, daß die Vertragsstaaten in den englischen Besitzungen nicht schlechter behandelt werden sollten als das Mutterland. England

hielt nur daran fest, daß die Kolonien keine eigenen Handelsverträge schließen durften. Aber dieser Grundsatz erwies sich auf die Länge nicht durchführbar. Schon 1868 mußte der neu entstandenen Dominion of Canada das Recht eingeräumt werden, Reziprozitätsverträge mit anderen Kolonien zu schließen, und fünf Jahre später verlangte Australien dieselbe Vollmacht. Ja, in den neunziger Jahren machte Großbritannien seinen überseeischen Besitzungen mit Repräsentativ-einrichtung und verantwortlicher Regierung sogar das Zugeständnis, mit dem Auslande Handelsverträge abzuschließen. Jedoch hat nur Kanada von diesem Rechte bisher Gebrauch gemacht. Es gewährte dafür englischen Waren eine Zollbegünstigung von 25 Prozent, die 1900 bereits auf 33 $\frac{1}{3}$ Prozent erhöht wurde. Australien und Neuseeland folgten 1903 mit ähnlichen Bevorzugungen der britischen Erzeugnisse. Aber eine gleichzeitige Begünstigung der kolonialen Produkte im Mutterlande selbst ist nur in wenigen Fällen erfolgt, wenn sie auch so oft als wünschenswert hingestellt wurde. Ein entscheidender Schritt auf diesem Wege kann auch so lange nicht geschehen, als England an der Freihandelspolitik festhält. Daß von den jetzigen Finanzzöllen gerade die Produkte seiner eigenen Schutzgebiete besonders stark getroffen werden, mag als Ironie erscheinen, bei der heutigen Budgetgestaltung des vereinigten Königreichs kann auf diese Einnahmen jedoch nicht verzichtet werden.

Die handelspolitischen Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinen Kolonien haben sich indes viel einfacher gestaltet. Denn keines unserer Schutzgebiete hat auch nur annähernd eine solche Machtstellung wie Kanada, Australien oder Neuseeland, die außerdem der staatsrechtlichen Auffassung entgegenlaufen würde. Bismarck wollte die Kolonien als Ausland behandeln und so erklärt er sich, daß deren Erzeugnisse in Deutschland bis 1893 bei der Einfuhr nicht einmal die Vorzüge genossen, die den Produkten meistbegünstigter Länder eingeräumt wurden, sondern dem autonomen Tarife unterlagen. Erst am 2. Juni jenes Jahres wurde auf eine besondere Anregung hin den aus den Schutzgebieten kommenden Waren vom Bundesrat die Meistbegünstigung eingeräumt.

In den deutschen Kolonien bestehen im Interesse ihrer Finanzen besondere, nach den örtlichen Verhältnissen gestaltete niedrige Einfuhrtarife, denen alle Waren ohne Unterschied ihrer Herkunft gleichmäßig unterliegen. Nur die für die Zwecke der Regierung eingeführten Waren genießen Zollfreiheit. Die von einzelnen Ausfuhrsgütern in einigen Schutzgebieten erhobenen Ausfuhrzölle gelten für den Export nach allen Ländern. Die Einfuhrzölle tragen nicht den Charakter von Schutzzöllen, da eine Konkurrenz für die einheimische Produktion der Schutzgebiete, die sich ganz überwiegend auf koloniale Rohstoffe bezieht, von der Einfuhr nicht zu befürchten ist. Sie sind also gleich den Ausfuhrzöllen reine Finanzzölle.

Die deutsche Schifffahrt genießt im Verkehr mit den Schutzgebieten keine Begünstigung irgendwelcher Art vor der fremden. Die in den Jahren 1901/02 besonders lebhaften Anregungen kolonialer Interessenten auf Nachahmung des französischen Systems haben jedoch im Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 keinerlei Berücksichtigung gefunden. Der Bundesrat hat nur das Recht erlangt, auf die Erzeugnisse der Schutzgebiete die vertragsmäßigen Zölle anzuwenden, was denn auch geschieht. Die Produkte unserer Kolonien sind somit im Mutterlande nicht besser gestellt als diejenigen jeder anderen meistbegünstigten Nation. Dritten Staaten gegenüber teilen die deutschen Kolonien jedoch nicht die Rechtsstellung des Reiches. Die deutschen Handelsverträge erstrecken sich an sich nicht auf die Kolonien. Demnach haben die Erzeugnisse unserer Schutzgebiete in fremden Staaten, mit denen das Recht Meistbegünstigung vereinbart hat, nicht ohne weiteres Anteil

an der letzteren. Die Herbeiführung derselben würde allerdings innerlich berechtigt sein, da ja die deutschen Kolonien ihrerseits die Einfuhr aus sämtlichen Staaten gleichmäßig untereinander und sogar mit der Einfuhr aus dem deutschen Mutterlande behandeln. Vom Standpunkte jedes einzelnen Schutzgebietes gelten sowohl das Deutsche Reich als auch alle anderen Schutzgebiete als Zollausland. Jede Kolonie bildet ein einziges Zollgebiet und erhebt die Zölle gleichmäßig von aller Einfuhr, mag dieselbe nun aus Deutschland, aus einem anderen Schutzgebiete oder aus dem Auslande kommen. Ein solches System bietet also keinen Vorwand dafür, daß fremde Kolonien die Erzeugnisse ihres Mutterlandes differentiell günstiger behandeln als die deutschen.

Der Vollständigkeit halber sei auch die besondere zollpolitische Stellung des Kiautschougebietes erwähnt. Kiautschou war bis zum 1. Januar 1906 ein reines Freihafengebiet. Doch war gastweise im deutschen Hafen ein chinesisches Seezollamt zur Verzollung des von und nach dem chinesischen Hinterlande gehenden Durchgangsverkehrs zugelassen. Seit jenem Zeitpunkte ist Kiautschou jedoch an das chinesische Zollgebiet angegliedert, und zwar lediglich aus zolltechnischen Gründen. Nunmehr zahlen also alle von der Seeseite in Tsingtau eingehenden Waren, und zwar ohne Unterschied, ob sie für Kiautschou oder China bestimmt sind, den chinesischen Eingangszoll. Der Verkehr zwischen der Kolonie und dem Hinterlande ist dagegen jetzt zollfrei. Von der Gesamtsumme des erhobenen Einfuhrzolles erhält das deutsche Gouvernement 20 Prozent. Die Durchführung dieser Maßnahme hat insofern seine Berechtigung, als etwa vier Fünftel des Gesamtverkehrs Durchgangshandel ist.

Wenn in letzter Zeit die Bestrebungen zwecks Herbeiführung eines engeren handelspolitischen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Schutzgebieten wieder stärker in Fluß gekommen sind, dann liegt der hauptsächlichste Grund hierfür in der Erkenntnis von der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung unserer Kolonien. Überseeische Besitzungen, in denen schon 1906 300 Millionen Mark verbende deutsche Kapitalien angelegt waren und deren Eingeborenenkulturen auf 616 Millionen geschätzt werden, in denen also ein verbendes Kapital von insgesamt einer Milliarde arbeitet, haben naturgemäß Anspruch auf genaue Aufmerksamkeit ihrer Wirtschaftsverhältnisse. Überdies hat das Deutsche Reich seit 1884 einschließlich des Kaufpreises für die Karolinen und Marianen insgesamt 861,3 Millionen Mark für die Kolonien bar hergegeben. Das ist etwa $\frac{1}{4}$ Prozent des auf 350 Milliarden veranschlagten Nationalvermögens. Von dieser Summe entfallen allein auf Südwestafrika 574,8 Millionen, wo die Aufstandsbekämpfung 334 Millionen kostete. Die Einnahmen unserer Schutzgebiete sind von 6,72 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 34 Millionen 1909 gestiegen, so daß im vorjährigen Haushaltsplan für die Kolonien 53 Prozent der Ausgaben bereits durch eigene Einnahmen gedeckt waren. Von den Einnahmen wiederum entfielen (ohne Kiautschou) 12,435 Millionen Mark, also mehr als ein Drittel, auf die Zölle.

Eine genaue Darlegung der Entwicklung des Außenhandels unserer Schutzgebiete kann nicht Aufgabe unserer heutigen Betrachtung sein. Ein allgemeines Bild hierüber gibt folgende Zusammenstellung:

Gesamthandel (in 1000 Mark) der Schutzgebiete.

	1902	1903	1904	1905	1906	1907
I. in Afrika . . .	55 366	56 541	61 494	85 852	139 040	116 122
II. in der Südsee . .	9 656	10 830	9 719	13 256	14 022	13 786
III. in Kiautschou . .	34 554	49 723	64 853	93 893	116 599	87 977
Zusammen:	99 576	117 094	136 066	193 001	269 661	217 885

Im Jahre 1890 bezifferte sich der Gesamtaußenhandel der deutschen Schutzgebiete (ohne Kautschou) auf nur 10 Millionen Mark und 1898 auf 46,595 Millionen, so daß also von 1890 bis 1907 eine Steigerung auf nahezu das Dreizehnfache eingetreten ist. An diesem Gesamthandel ist das Deutsche Reich in den letzten Jahren mit 63 Prozent beteiligt gewesen.

Bei der Zunahme des Außenhandels unserer Kolonien gewinnt die Frage nach der handelspolitischen Verbindung zwischen Mutterland und Schutzgebieten naturgemäß wachsende Bedeutung. Aus kolonialen Kreisen sind Vorschläge hervorgetreten, die koloniale Produktion durch Zollunion zwischen dem Reiche und seinen Besitzungen zu heben. Diese Vorschläge haben aber in Kreisen des deutschen Überseehandels Widerspruch hervorgerufen. Es wird geltend gemacht, daß der Hebung des deutschen Kolonialhandels, die damit erreicht würde, eine unverhältnismäßige Schädigung des deutschen Gesamtausfuhrhandels gegenüberstehen würde, wenn fremde Staaten, z. B. England, mit dessen Kolonien Deutschland einen umfangreichen Handel unterhält, durch das deutsche Vorgehen einen Vorwand erhielten, den deutschen Handel im Vergleich zum mütterländischen noch weiter zu differenzieren. Ein Einspruchsrecht haben die anderen Staaten formell allerdings nicht, weil die vertragsmäßige Meistbegünstigung sich nicht auch auf die Kolonien bezieht, sie können aber unsere Einfuhr erschweren. Die bezeichnete Gefahr wird um so dringlicher, je mehr die Schutzollbewegung in England und damit der Gedanke des Reichszollvereins an Boden gewinnt. Unser Ein- und Ausfuhrhandel mit den britischen Besitzungen in Übersee bezifferte sich 1908 allein auf 888,7 Mill. Mark oder auf etwa das Elfache des deutschen Warenaustausches mit seinen Kolonien. Wenn deshalb eine Änderung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Schutzgebieten zurzeit erwogen wird, dürfen deren Folgen auf unsere Wirtschaftstellung zu England und dessen Kolonien nicht außer acht gelassen werden. Es würden sich auch hier die mit jeder übertriebenen Hochschutzzollpolitik unweigerlich verbundenen Rückwirkungen zeigen. Dagegen könnte die Minderung der Einnahmen, welche unseren Schutzgebieten durch Einführung von Vorzugszöllen für deutsche Waren entstünden und die bei gänzlicher Zollfreiheit der Erzeugnisse des Mutterlandes rund 7,5 Millionen Mark ausmachen würde, kein Hindernis für die Abänderung des jetzigen Systems sein.

Andererseits darf nicht vergessen werden, daß durch eine Differenzierung der deutschen Waren in den Kolonien eine Belebung des Handelsverkehrs zwischen Mutterland und den Schutzgebieten herbeigeführt wird und daß in der Kolonialpolitik noch die alte merkantilistische Auffassung besondere Geltung hat, nach der eine politische Herrschaft nur auf Grund einer wirtschaftlichen besteht und durchzuführen ist. Auch ist die Gefahr vor Retorsionsmaßregeln, welche wegen der handelspolitischen Bevorzugung unserer Kolonien seitens anderer Staaten zu befürchten sind, umso geringer, je kleiner der Warenaustausch der Schutzgebiete mit Deutschland ist. Von diesem Gesichtspunkt aus sollte, wenn eine Änderung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Reich und seinen Schutzgebieten erwogen oder beabsichtigt wird, diese möglichst bald erledigt werden. Vielleicht dürfte jedoch erst das Jahr 1918, in dem auch der größte Teil unserer übrigen handelspolitischen Verbindungen geregelt werden muß, hinreichende Gelegenheit zur Erledigung jener Aufgabe bieten. Bis dahin dürfte auch in England die Entscheidung gefallen sein, ob der Freihandel durch ein Schutzollsystem abgelöst werden wird oder nicht.

Dr. R. D.

Verantwortlich George Kleinow in Berlin-Schöneberg. (Herr Dr. Paul Wahn befindet sich auf Reisen.)
Verleger: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.